Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 342.
Das „Schwedter Tageblatt" erscheint an jedem Werktage nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.

Postscheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einspaltige Zeile berechnet. Die Reklamezeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgegebene oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schultz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schultz in Schwedt a. O.

Nummer 240 | **Freitag, den 13. Oktober 1933** | **40. Jahrgang**

Genf festgefahren

Die wieder aufgefrischte Entente.

England und Frankreich Arm und Arm gegen Deutschland.

Soweit die Pariser Blätter nicht die Geschäfte der französischen Rüstungsindustrie besorgen und daher noch schroffere Absagen an die Gleichberechtigung vertreten, als sie jetzt von der englisch-französischen Front gegenüber Deutschland gegeben werden, sind sie ein einziger Ausdruck tiefster Genugtuung, ja des Triumphes. Man glaubt in Paris die erneute Verdauerung des Versailler Diktates ohne alle Einschränkung ebenso gesichert wie eine Belastung Deutschlands mit der Schuld an einem etwaigen Zusammenbruch der sogenannten „Abrüstungskonferenz".

Vom französischen Standpunkt aus, so liest man etwa im „Petit Parisien", habe die Abrüstungsfrage noch nie so befriedigend gestanden wie jetzt.

Nie habe die französisch-englische Solidarität gegenüber der „deutschen Gefahr" sich so fest gezeigt wie heute. Die englisch-französische Übereinstimmung bedeute in dem Augenblick, wo die entscheidenden Beratungen begönnen, eine neue Tatsache von außerordentlicher Wichtigkeit, um so mehr, als sie ergänzt würde durch eine „Aufwertung" der Verträge von Locarno. Berlin wisse, daß die Verträge in Anwendung gebracht werden würden, wenn nachgewiesene Verletzungen der entmilitarisierten Zone oder der zukünftigen Konvention vorkämen.

Englands Umfall.

Es ergibt sich die Frage, welchen besonderen Grund Frankreich zu dieser Genugtuung und dieser betont schroffen Haltung gegenüber Deutschland hat.

Der Grund heißt England.

Die Haltung Englands in der Abrüstungsfrage bedeutet einen weitgehenden Rückschritt gegenüber dem Frühsommer. Es hat — nicht offiziell, aber praktisch — den Kompromißplan seines eigenen Ministerpräsidenten Macdonald, den Deutschland bekanntlich trotz schwerwiegender Bedenken als Verhandlungsgrundlage angenommen hatte, einfach fallenlassen und sich, vermutlich schon in den Pariser Besprechungen vor Genf, wieder einmal völlig Frankreichs Forderungen zu eigen gemacht.

Es entsteht dadurch ein schroffer Widerspruch zu den Erklärungen des englischen Außenministers Simon vom September 1932: man müsse Deutschland die Gleichberechtigung zugestehen und ihm daher auch alle künftig nicht verbotenen Waffen zubilligen!

Es macht gegenüber diesem hundertprozentigen Umfall Englands wenig aus, daß sich nach Londoner Meldungen England und Frankreich noch nicht über die Dauer der ersten Kontrollperiode einigen können; der französische Außenminister Paul-Boncour besteht auf vier Jahre, der englische will es bei zwei bewenden lassen. Übrigens hat der Franzose bei den Verhandlungen mit dem Bundesgenossen von jenseits des Kanals auch jetzt wieder seine alte Forderung nach Auflösung der „militärischen" Verbände in Deutschland vorgebracht.

Wie so manche Reichsregierung aus der Zeit des Systems hat einsehen müssen, daß jede Spekulation auf ein englisch-französisches Zerwürfnis fehlgeht, so zeigen auch die gegenwärtigen Genfer Verhandlungen erneut, daß die beiden ungleichen Brüder am Kanal über mancherlei interne Streitfragen (wie etwa die U-Boot- und die Fliegerfrage) hinweg sich grundsätzlich einigen, sobald Deutschland irgendwelche noch so bescheidende Rechtsansprüche vertritt.

Wie England über Gleichberechtigung denkt.

Die Genfer Abrüstungsbesprechungen sind wieder in ein äußerst heikles Stadium getreten. Man will die endgültige Stellung des französischen Kabinetts zu den letzten amerikanischen Anregungen und ferner das Eintreffen des italienischen Botschafters Baron Aloisi abwarten, der, wie verlautet, im Besitze neuer weitgehender Instruktionen seiner Regierung sein soll.

Nach amerikanischen Mitteilungen ist die englische Weigerung, auf den Bombenabwurf zu verzichten, eine der großen Schwierigkeiten. Die englische Regierung verlangt ein vollständiges Verbot der Militärluftfahrt für Deutschland, fordert aber andererseits für sich den Bombenabwurf in den englischen Kolonialgebieten. Dieser Gegensatz in der englischen Haltung hat auf amerikanischer Seite offene Mißstimmung hervorgerufen.

Wie verlautet, wird sich der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, in Kürze zur Berichterstattung über die Lage in Genf nach Berlin begeben.

Das Hin und Her in Genf.

Greift Mussolini ein?

Aus den zahlreichen Besprechungen in Genf hat sich auf deutscher Seite der Eindruck verstärkt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der englisch-französischen Auffassung und der amerikanischen Auffassung noch weiter bestehen. Die Mitteilungen, die aus englischen und amerikanischen Kreisen vorliegen, zeigen, daß die mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit gegen Deutschland geführte Propaganda im wesentlichen von der Ausnützung des Begriffes „Deutsche Wiederaufrüstung" abhängen. Von englischer Seite wird mit der Begründung des Verbots der deutschen Wiederaufrüstung jegliche Ausdehnung des heutigen deutschen Rüstungsstandes abgelehnt, während nach amerikanischer Auffassung die Umformung der Reichswehr zwangsläufig eine grundlegende Änderung des heutigen technischen Rüstungsstandes bedingen würde. Der „Evening Standard" berichtet von

einem persönlichen Eingreifen Mussolinis

gegen die angebliche Absicht Englands, Frankreichs und Amerikas, der Abrüstungskonferenz einen fertigen Vereinbarungsentwurf vorzulegen und Deutschland vor die Entscheidung zu stellen, diesen Plan entweder anzunehmen oder nicht zu unterzeichnen. Die Möglichkeit, daß Deutschland dann zum Verlassen der Abrüstungskonferenz gezwungen werden könnte, habe bei Mussolini Besorgnis erregt. Er habe angeregt, einen Ausweg zu finden. Die fünf hauptsächlichsten Mächte sollen eine neue Erklärung abgeben, in der ein genauer Zeitpunkt für das Außerkrafttreten der Deutschland einseitig auferlegten Rüstungsbenachteiligung festgelegt werden soll.

Kommissar für deutsche Flüchtlinge.

Einsetzung vom Völkerbundrat bestätigt.

Der Völkerbund befaßte sich mit dem Beschluß der Völkerbundversammlung auf Einsetzung eines Kommissars für die deutschen Flüchtlinge. Der Rat bestätigte den Beschluß der Versammlung, daß der Kommissar und der ihm zur Seite stehende Verwaltungsrat eine vom Völkerbund unabhängige autonome Organisation bilden solle. Die Wahl des Kommissars wurde dem Präsidenten der Völkerbundversammlung, dem Vertreter Panamas, übertragen. Der Berichterstatter betonte, daß der Flüchtlingskommissar die Zentralstelle der gesamten jetzt für die deutschen Flüchtlinge eingeleiteten Aktionen zu bilden habe. Ferner wurde der Verwaltungsrat in der Weise gebildet, daß der Generalsekretär des Völkerbundes an die folgenden 15 Staaten die Aufforderung zur Teilnahme zu richten hat: Holland, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, die Schweiz, Dänemark, Italien, England, Schweden, Spanien, die Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien und Uruguay. Diesem aus den Vertretern dieser 15 Mächte gebildeten Verwaltungsrat bleibt es jedoch überlassen, auch andere Staaten zur Vertretung hinzuzuziehen. Ferner wurde der Verwaltungsrat ermächtigt, private Verbände mit in den Verwaltungsrat aufzunehmen. Dem künftigen Oberkommissar wurden vorläufig 25 000 Franken als Kredit zur Verfügung gestellt. Der Vertreter Frankreichs, Massigli, erklärte, die französische Regierung wünsche, daß der Flüchtlingskommissar seine Tätigkeit noch vor Beginn des Winters aufnehme.

Wie Bauern helfen.

Großartiges Ergebnis des Winterhilfswerks der bayerischen Bauern.

Das Winterhilfswerk der bayerischen Bauern, zu dem der Führer der bayerischen Bauernschaft, Staatssekretär Luber, aufgerufen hatte, hat ein großartiges Ergebnis gezeitigt. Vorläufig sind Spenden im Werte von über zwei Millionen Mark gegeben worden, darunter 336 500 Zentner Kartoffeln (1120 Waggonladungen), 110 000 Zentner Getreide, 42 000 Zentner Käse, 35 000 Zentner Butter, 18 000 Festmeter Holz, 3800 Zentner Obst und Gemüse, 2500 Zentner Mehl und 111 000 Mark in Bargeld. Dazu kommt, daß die bayerische Landwirtschaft während des Winters 25 000 Arbeitslosen Arbeit und Brot gibt. Ferner stellt die Bauernschaft eine Anzahl von Ferienplätzen für SA. zur Verfügung.

Selbstauflösung der saarländischen Zentrumspartei.

Nachdem vor einigen Tagen zwischen dem Beauftragten der Zentrumspartei des Saargebiets und dem Führer der NSDAP., Staatsrat Spaniol, Vereinbarungen über den Einbau des Zentrums in die Deutsche Front getroffen worden sind, hat der Landesausschuß der Zentrumspartei des Saargebietes die Auflösung der Partei und ihre Überführung in die Deutsche Front beschlossen.

Der Wille der deutschen Jugend.

Eine Unterredung mit dem Reichsjugendführer.

Das „Allgemeen Handelsblad" in Amsterdam setzte eine Artikelreihe „Auffassungen in und über das neue Deutschland" mit der Veröffentlichung einer Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Reichsjugendführer Baldur von Schirach fort. Die erste Frage des Korrespondenten bezog sich auf Befürchtungen in der ausländischen Presse, daß durch die nationalsozialistische Erziehung das junge Geschlecht, das kein Kriegselend mitgemacht habe, eher geneigt sein würde, nach Krieg zu verlangen, anstatt ihn zu fürchten, und daß durch diese Erziehung Deutschland bald wieder, zu Recht oder zu Unrecht, den Ruf eines kriegssüchtigen Staates bekommen würde.

Der Reichsjugendführer antwortete hierauf zunächst mit der Gegenfrage, ob es denn der Korrespondent wirklich für möglich halte, daß ein verständiger Mensch glaube, ein deutscher Junge, dessen Vater oder Bruder im Kriege gefallen sei und der die entsetzlichen Auswirkungen des Krieges noch täglich wahrnehmen könne, verlange nach Krieg. „Ich bestreite", so sagte Baldur von Schirach, „daß in Deutschland junge Menschen leben, die das Elend des Krieges nicht mitgemacht haben! Sie dürfen nicht vergessen, daß für uns der Begriff Friede, die Vorstellung von Ordnung, von ungehinderter Arbeit und langsamer Entwicklung zu besseren Zuständen, erst jetzt sichtbar wird, weil Adolf Hitler dem Streit, der in Deutschland wütete, ein Ende gemacht hat.

Zeitungen, die behaupten, daß wir die deutsche Jugend mit dem Soldatenleben vertraut machen, haben keinen Begriff von dem wahren Stand der Dinge. Der Wille, guter Kamerad zu sein, der heute die deutsche Jugend vereint, die Freude dieser Jungen über das Wesen der neuen Zeit in Deutschland und die Flaggen, Wimpel und Abzeichen dieser Jugend — was hat das alles mit Soldatenleben zu tun?

Die zahlreichen Schulen zur Ausbildung von Führern, die wir errichtet haben, können jeden Augenblick hinsichtlich aller Unterteile des Lehrprogramms dem ausgedehnten Forum der Welt gezeigt werden. Die wichtigsten Punkte des Lehrstoffes dieser Ausbildungsschulen sind Rassenhygiene, Geschichte, Rassenkunde, Marxismus und seine Widerlegung und ein genaues Studium von Hitlers Buch „Mein Kampf". Wir wollen ja nichts anderes als das: Unsere Weltanschauung in der jungen Generation so zu verankern, daß die Jugend nach diesen Gesetzen denkt und handelt. Wenn wir sie für die heldische Idee erziehen, dann bedeutet dies nicht, daß wir sie in Begeisterung für neue Kriege versetzen wollen. Alles, was wirklich heldisch ist, wird aus dem Siege über das eigene Ich geboren. Wir erziehen das junge Deutschland zu diesem Sieg über sich selbst. Das nennen wir dann die Erziehung des heldischen Menschen."

Anklageerhebung gegen Wienecke.

Wie die Justizpressestelle Berlin mitteilt, sind die auf die Anzeige des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, von Arnim-Rittgarten, eingeleiteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen den Landesbaurat a. D. und früheren Geschäftsführer der Landeseisenbahndirektion G. m. b. H. Dr.-Ing. Karl Wienecke jetzt abgeschlossen. Gegen den Beschuldigten ist Anklage erhoben worden, und zwar wegen fortgesetzten Betruges an dem Provinzialverband von Brandenburg, ferner wegen handelsrechtlicher Untreue zum Nachteil der Brandenburgischen Städtebahn-AG. und der Landesverkehrsdirektion Brandenburg sowie wegen versuchten Betruges an der Brandenburgischen Städtebahn-AG.

„Im Boden besteht der wahre Reichtum des Landes."
Friedrich der Große.